

9. Dezember 1958

A n f r a g e

— — — — —

www.parlament.gv.at

4. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

9. Dezember 1958

gesetz 1862 ausschließlich der Gemeindevorstand und die Gemeindevertretung berufen. Beamte sind nach unserem Gemeinderecht niemals namens der Gemeinde zeichnungsberechtigt. Nur Statutarstädte kennen ein Zeichnungsrecht von Gemeindebeamten. Aber auch in Stadtstatuten wird man kaum Bestimmungen finden, die die Städte ermächtigen, Grundstücksschätzungsgutachten abzugeben.

Diese Ungesetzlichkeiten gehen oft so weit, daß die Hausbesitzer aufgefordert werden, zu den illegalen Grundstücksschätzungen der Gemeindebeamten Stellung zu nehmen, ja zu deren Widerlegung eigene Sachverständige namhaft zu machen.

Die Ungesetzlichkeiten greifen aber auch auf ein anderes Gebiet über: diese meist durch Vergleichszahlen zustandegekommenen "Schätzungsgutachten" der Gemeinden basieren fast immer auf Grundstückverkäufen der letzten Zeit. Nun ^{wenn}verkauft niemand ein Grundstück, wenn er nicht muß oder ~~er~~ nicht besondere Vorteile daraus erhält - zum Beispiel durch Ermöglichung eines Wohnungsbaues mit öffentlichen Mitteln. Es verzerrt die natürlichen Wertverhältnisse vollkommen, wenn die Gemeinden Schätzungszahlen mitteilen, die Bauspekulanten als Kaufpreis für ein mit öffentlichen Mitteln aufzuführendes Gebäude bezahlen. Dies widerspricht auch den klaren Bestimmungen des Bewertungsgesetzes 1955, das solche außerordentlichen Umstände nicht als wertbildenden Faktor für Zwecke der Einheitswertfeststellung zuläßt.

Es muß ferner als verderblich bezeichnet werden, wenn in einer Epoche, wo man der Auflockerung der Siedlungsräume das Wort redet, Gemeinden sich dazu hergeben, auf dem Wege einer überhohen Grundbesteuerung die Grundbesitzer zu Grundzerstückelungen zu zwingen. Die Unterparzellierung zu Kleinstparzellen hat ohnehin bereits einen hohen Grad erreicht. Besonders fragwürdig aber sind solche Grundstückpreistreibereien bei historischen Gärten (Schloßparks usw.), die auf Grund der nun einsetzenden übermäßigen Bodenbesteuerung in steigendem Maße der Zerstückelung ausgesetzt sind. Solche Schloßparks sind nicht selten grüne Inseln innerhalb geschlossener Ortschaften gewesen. Es ist durchaus abzulehnen, daß nunmehr der Bund daran schuld ist, wenn durch eine übermäßige Bodenbesteuerung solche Parkanlagen unhaltbar werden. Es haben sich ja schon unter den bisherigen niedrigeren Grundsteueransätzen immer mehr Schloß- und Parkbesitzer dazu entschließen müssen, ihre innerhalb des Weichbildes der Orte gelegenen Parkanlagen abzuparzellieren. Die überhohe Grundsteuer wird diese Entwicklung beschleunigen und dadurch der Bodenspekulation mit solchen Gärten die Wege ebnen. Sowohl aus sanitären Gründen als auch aus denen des Denkmalschutzes müßte darauf gesehen werden, daß derlei Grünflächen weiterhin erhalten bleiben. Diese Erwägungen gelten natürlich auch für Wien.

5. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

9. Dezember 1958

All diese unerwünschten, ja gesetzwidrigen Folgen ergeben sich aus dem fast völlig unregelten Schätzungswesen bei der Neufeststellung der Einheitswerte. § 1 der Bewertungsverordnung, BGBl. Nr.109/1956, steht mit Rücksicht auf die verschiedenen Bewertungsgrundsätze für bebaute und unbebaute Grundstücke im Widerspruch zu den Bestimmungen der §§ 53 und 55 des Bewertungsgesetzes. Diese Unstimmigkeit ist geeignet, eine Reihe von Beschwerden an den Verfassungsgerichtshof auszulösen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e:

Ist der Herr Bundesminister bereit, die im Veranlagungsverfahren nach dem Bewertungsgesetze aufgetretenen ungesetzlichen, ja verfassungswidrigen Vorgänge, wie oben beschrieben, ehest abzustellen?

Ist der Herr Bundesminister ferner bereit, zu verhindern, daß weiterhin Spekulationswerte als Vergleichswerte bei der Einheitswertfeststellung zugrunde gelegt werden?

Ist er des weiteren bereit, die Bewertungsverordnung 1955, BGBl. Nr.109, dahingehend abzuändern, daß der gesetzwidrige, eine Doppelbesteuerung des bebauten Grundes und Bodens bewirkende § 1 derselben aufgehoben wird?

--- --